

Solidarität ist unteilbar.

Wie verbindende Klassenpolitik konkret und DIE LINKE anders wird.

Unsere Überzeugungen

Wir sind Mitglieder der LINKEN, die sich klar im linken Flügel verorten. Wir kommen aus unterschiedlichen Strömungen, Bündnissen, Bewegungen und Traditionen. Wir arbeiten in Basisgruppen, im Parlament, in Arbeitsgemeinschaften, im Betrieb und im Kreisverband. Wir sind innerhalb und außerhalb der Partei aktiv.

Wir sind keine klassische Parteiströmung wie andere, sondern eine übergreifende Erneuerungsbewegung der LINKEN für bewegungs- und klassenorientierte Politik. Wir wollen eine politische Kultur stärken, die solidarisch ist und Lust aufs Mitmachen macht. Vorschläge für eine klassenpolitische Praxis erarbeiten und selbst ausprobieren. Mit denen ins Gespräch kommen, die das auch wollen.

Wir wissen, dass wir viele sind – und noch viel mehr werden müssen. Seit der Diskussion um Flucht, Migration und offene Grenzen und der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung unserer Partei ist klar, dass ein erneuerter und handlungsfähiger linker Flügel immer wichtiger wird.

Grund dafür sind die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre. Alte Selbstverständlichkeiten, hinter denen sich vielfach Unausdiskutiertes verborgen hat, sind in unserer Partei zerstoßen. Mit der AfD sitzt eine in Teilen faschistische Partei im Bundestag. Die zumindest rechnerischen rot-rot-grünen Mehrheiten sind passé. Liberale Errungenschaften werden offen in Frage gestellt.

Auch wir sind 11 Jahre nach unserer Gründung eine andere Partei geworden: Eine Partei mit selbstbewussten Delegierten, die notwendige Debatten einfordern und in der Sache engagiert und entschieden diskutieren. Der eigene Kopf unserer Mitglieder ist wichtig, weil wir selbst um eine Neubestimmung und Vision unserer politischen Perspektiven ringen.

Für uns stellt sich deshalb die Frage, wie eine auf den Aufbau von Klassenmacht zielende Politik, die nicht an nationalen Grenzen halt machen und rassistische und sexistische Unterdrückung nicht als Nebenwidersprüche vernachlässigen will, heute nicht nur gedacht, sondern auch praktisch umgesetzt werden kann.

Dabei eint uns eine skeptische und kritische Haltung zu linker Regierungsbeteiligung und die Erfahrungen auf Länderebene bestärken uns darin. Wir wissen aber auch, dass wir die Macht übernehmen müssen, um die Welt zu verändern.

Wir stehen für einen klaren Kurs der LINKEN als Friedenspartei und benennen klare Grundlagen für einen linken Internationalismus. Wir bleiben bei unserem grundsätzlichen Nein zur NATO und zu allen Auslandseinsätzen. Unser Gegner steht im eigenen Land. Unsere ungeteilte Solidarität gilt allen Menschen, die sich gegen Kriege zur Wehr setzen.

Die undemokratische, militaristische und neoliberale Verfasstheit der EU lehnen wir ab. Ihre Realität entspricht nicht unserer Idee eines Europas der Solidarität, der Demokratie und des Friedens. An den ungezählten Toten im Mittelmeer, in der Sahara und in libyschen Folterkellern messen wir die Verwirklichung der Menschenrechte.

Wir sind für "offene Grenzen" für Menschen und bekennen uns zu dieser Formulierung im Parteiprogramm. Eine Migrationspolitik, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen als „nützlich“ oder „unnützlich“ gelten, lehnen wir ab. Wir stemmen uns gegen alle Abschiebungen und wollen volle Bewegungsfreiheit und gleiche soziale und politische Teilhabe für alle Menschen. MigrantInnen, die kein Kapital besitzen, sind für uns selbstverständlich Teil der ArbeiterInnenklasse, mit der wir gemeinsam Politik entwickeln.

Die Ursachen, warum viele Menschen ihre Heimatländer verlassen, liegen zu großen Teilen in Europa und in den USA. Sie heißen Imperialismus, Klimawandel, Wirtschaftskrise und Krieg. Wir wollen niemandem die Hoffnung auf ein Leben in Würde und Wohlstand versagen, sondern einen Pol der Hoffnung und Solidarität sichtbar machen, ihn stärken und verbreiten.

Unsere Lage

Der globale Kapitalismus hat massive soziale und politische Ungleichheiten hervorgebracht. Er stellt Menschen und Staaten in Konkurrenz zueinander, wodurch Rassismus und Kriege geschürt werden. Die Lebensgrundlagen der Generationen, die nach uns kommen, werden zerstört und

Millionen von Menschen werden heimatlos. Ökonomische, ökologische und politische Krisen gefährden die Errungenschaften der Zivilisation.

Eine Oligarchie ist entstanden – Industrielle, Immobilienbarone, Bankiers, Großaktionäre und politische Eliten – die gegen die Mehrheit handeln und regieren. Täglich erwirtschaften die Menschen gemeinsam einen gigantischen Reichtum und müssen doch in Armut leben. Sie sind die Enteigneten des globalen Kapitalismus, die Klasse der Arbeitenden und Ausgebeuteten. Dazu gehören auch die Erwerbslosen, die meisten Eltern, die RentnerInnen, die Kranken und die engagierten Menschen, die dieses Land so lebenswert machen.

Die Oberklasse hat sich abgekapselt und fühlt sich ihrer Privilegien und Eigentumsverhältnisse sicher. Ihr Ziel ist der Machterhalt in einem nationalen Wettbewerbsstaat, eingeflochten in das undemokratische Institutionengehäuse der Europäischen Union. Nach Innen und nach Außen wird gespalten und gegen MigrantInnen und Muslime gehetzt und aufgestachelt. Ein autoritärer Kapitalismus entsteht.

Auch für die qualifizierten Teile der Klasse wächst der Druck. Es wird schwieriger, den erreichten Wohlstand zu bewahren und den eigenen Kindern ein gutes Leben zu bieten. Sichere Jobs werden abgebaut und durch Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse verdrängt. Nur ein Drittel aller Vollzeitstellen werden von Frauen besetzt, während sie bei Teilzeitstellen und Minijobs fast 80 Prozent stellen. Die sich verfestigende soziale Ungleichheit trifft somit besonders Frauen.

Unsicherheit greift um sich, Leistungs- und Flexibilitätsdruck nehmen die Luft zum Atmen. Ähnliches gilt für Teile der lohnabhängigen Mittelschichten und des Kleinbürgertums, auch wenn sie den Abstiegsdrohungen bisher meist noch entgehen konnten. Im unteren Drittel der Klassengesellschaft wachsen Not und Prekarität, ganze Sektoren drohen abgehängt zu werden. Und einen immer größeren Teil unseres Lohns müssen wir für die Miete ausgeben.

Doch die Enteigneten wehren sich. Die streikenden Amazon-Beschäftigten, die das Vermögen des reichsten Mannes der Welt erarbeiten; die Pflegekräfte, die der neoliberalen Gesundheitspolitik die Stirn bieten, um ausreichend Personal und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen; Zehntausende, die gegen neue Polizeigesetze, gegen die Abschottung Europas oder gegen die weitere Verstromung der Kohle demonstrieren; AktivistInnen, die sich gegen das Hartz-IV-Regime wehren und gegenseitige Hilfe organisieren; Ehrenamtliche, die Geflüchtete unterstützen und sichere Häfen und Fluchtwege einfordern; Friedensbewegte, die gegen den Export von Waffen und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr protestieren. Ein Lager der bewegungsorientierten Linken, der unteilbaren Solidarität und des aufrechten Gangs kristallisiert sich heraus.

Unsere Vision

Noch fehlt aber eine verbindende klassenpolitische Perspektive darin, ein populares Projekt, das in der Lage wäre, mit den Vielen eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um zumindest in einzelnen Kampffeldern echte Erfolge zu erkämpfen. Ein Projekt, das Mehrheiten erreichen will, ohne dabei seine Seele zu verleugnen. Ein bündnisfähiges Projekt solidarischer Gegenhegemonie, tief verankert in den arbeitenden Klassen.

Solch ein Projekt ist unser mittelfristiges strategisches Ziel als LINKE. Wir wollen gemeinsam mit den unteren und mittleren Klassen ein fortschrittliches soziales und ökologisches Transformationsprojekt entwickeln – ein populares Unten-Mitte-Bündnis.

Statt dieses Kapitalismus' wollen wir eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist; eine Gesellschaft, in der kein Mensch sich vor einem anderen bücken muss und in der die Sorge um Kinder, Kranke und Alte genauso viel wert ist wie jede andere Arbeit.

Wir wollen eine sozialistische Demokratie, in der die BürgerInnen selbst bestimmen, in der ihre Sichtweisen und Interessen nicht mit Füßen getreten werden. Deshalb müssen unsere Parlamente in neue Einrichtungen direkter Räte-Demokratie eingebettet werden. Ein System, in dem die Menschen regieren und die Regierung gehorcht und folgt.

Es ist nicht demokratisch, wenn die Eigentümer von Betrieben über das Schicksal ihrer Angestellten und deren Familien entscheiden; dass think tanks und Lobbygruppen anstatt der Betroffenen die Politik bestimmen; dass eine kleine Schicht von Besitzenden das ganze Land beherrscht. Deshalb brauchen wir eine demokratische Wirtschaft, in der diejenigen, die den Reichtum schaffen, bestimmen, wie, warum und wozu gearbeitet wird. Ein neues

Wirtschaftssystem würde von der Intelligenz und Kreativität der Millionen profitieren, die momentan nur Anweisungen ausführen.

Wir wollen eine Gesellschaft der ökologischen Erneuerung, die die Umwelt als Teil des Menschen begreift und umgekehrt. Demokratie, Wohlstand und Nachhaltigkeit müssen verbunden werden. Eine solche Gesellschaft braucht keinen Krieg, keine Armee und keine besondere Polizei, die die Eigentumsverhältnisse schützt. Sicherheit erwächst aus sicheren Arbeitsplätzen, aus guten Löhnen, aus bezahlbarem Wohnraum, aus guter Gesundheitsversorgung und aus armutsfester Rente.

Im 20. Jahrhundert haben überall kleine Minderheiten über Mehrheiten bestimmt: In der parlamentarischen Demokratie ein mächtiges Bürgertum über die Mehrheit des Wahlvolkes. In den stalinistischen Gesellschaften eine bürokratische Minderheit über die werktätige Mehrheit. In den faschistischen Diktaturen das Bürgertum und eine faschistische Partei gemeinsam über das eigene Volk. Im 21. Jahrhundert ist es an der Zeit für eine demokratische Revolte, die die Macht in die Hände der Vielen legt.

Unsere Macht

Um diese Gesellschaft zu schaffen, brauchen wir die Intelligenz und Kreativität, den Mut und die Kraft jeder und jedes einzelnen als gemeinsame Rebellion der Vielen. Darunter wird uns ein gesellschaftlicher Aufbruch nicht gelingen, Abkürzungen dazu gibt es keine.

Ohne öffentlichen Druck, ohne starke Bewegungen von unten, ohne das gemeinsame Engagement in Initiativen, Kampagnen oder Selbsthilfeorganisationen, in Gewerkschaften und Verbänden wird die Akkumulation von Reichtum und Produktionsmitteln in den Händen der Wenigen nicht beendet.

Basisbewegungen sind die Herzkammern von Veränderung und der Schlüssel zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Um ihnen gemeinsame Perspektiven zu öffnen, brauchen wir gemeinsame Lernräume und eine Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die zuspitzt, Gegner benennt, Wut und Hoffnung schürt, Gemeinsamkeiten symbolisch sichtbar macht und so mobilisierend wirkt – mit einem Satz: die popular verdichtet.

Einen besonderen Beitrag werden wir leisten, wenn wir die Gewerkschaften neu beleben und stärken, wenn wir mit unseren KollegInnen in den Betrieben aktive Zellen aufbauen. Denn ohne, dass sich Menschen ganz unmittelbar für ihre eigenen Interessen einsetzen, Konflikte mit Unternehmen und Staat als ihren Arbeitgebern ausfechten und dabei anfangen, sich als bewusster Teil einer gesellschaftlichen Gruppe mit gemeinsamen Interessen zu begreifen, wird es kaum ein sozialistisches Projekt geben, das sich in der buntscheckigen ArbeiterInnenklasse verankern, durchsetzungsfähig und hegemonial werden kann.

Um Chauvinismus und Co-Management zu bekämpfen und um sich eine umfassende und gesamtgesellschaftliche Perspektive anzueignen und zu bewahren braucht auch die ArbeiterInnenbewegung die Erfahrung von Solidarität über den eigenen Betrieb und die unmittelbaren Probleme hinaus. Umgekehrt brauchen die sozialen Bewegungen – ob MieterInnen-, Umwelt-, Frauen-, Friedens-, LGBTIQ- oder AntiRa-Bewegungen – die organisierte ArbeiterInnenbewegung für eine massenhafte Perspektive des Umbruchs.

Starke Gewerkschaften und lebendige Bewegungen alleine reichen aber nicht aus. Wir müssen auch bereit sein die Machtfrage zu stellen und uns fragen, wie wir gemeinsam gewinnen wollen und können. Uns ist klar, dass die Macht von Regierungen stark begrenzt ist. Die Geschichte der rot-grünen Bundesregierung, der Niedergang der Rifondazione Comunista, die Niederlagen des Chavismus und von Syriza sind uns Mahnung und Lehre.

Wir stellen uns offen dieser Zwickmühle, dem unausweichlichen Dilemma zwischen den Hoffnungen in der Eroberung der Regierungsgewalt und den Befürchtungen des Scheiterns aller linken Regierungen im Kapitalismus. Daher ist es notwendig, dass DIE LINKE auch ausspricht, was mit ihr nicht zu machen ist. So heißt es im Erfurter Programm: "An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen."

Der Dialog mit den uns tragenden Wählerschichten und Bewegungen anhand nachvollziehbarer Haltelinien erscheint uns als realistischste Möglichkeit, die politische Machtfrage zuzuspitzen ohne zwangsläufig an Glaubwürdigkeit einzubüßen. Die Aussicht auf linkes Regieren kann für uns

immer nur als rebellisch gegenüber Kapital, dem bürgerlichen Staatspersonal und den ihnen hörigen Medien gedacht werden. Entsprechend brauchen wir in der Partei eine Diskussion darüber, wie wir im Bündnis mit Bewegungen und Initiativen die wirkliche Macht in Deutschland viel stärker herausfordern.

Unsere Partei

Für diese Vorhaben brauchen wir eine LINKE, die ein nützliches Werkzeug dabei ist, das Leben der Ausgebeuteten und Unterdrückten tatsächlich spürbar zu verbessern. Wir wollen unsere Partei daher zu einer Kraft weiterentwickeln, die im Kern Menschen dazu ermutigt und darin unterstützt, sich gemeinsam mit anderen für ihre eigenen Interessen einzusetzen.

Bisher ist das Parteileben der LINKEN noch stark auf Wahlen und Parlamentsarbeit ausgerichtet. Die Parlamente sind für Linke allerdings ein tendenziell feindliches Umfeld. Ihre Konzeption entspringt dem Selbstverständnis der Bourgeoisie. Die freien Abgeordneten – angeblich nur ihrem Gewissen unterworfen – müssen sich für die kleinsten Erfolge in Ausschüssen und Kommissionen den Respekt und die Anerkennung der anderen Parteien erwerben, müssen ihre Sprache und ihre Denkweise lernen. Das Parlament dient der Zähmung und Einhegung von oppositionellen Bewegungen – wer das vergisst, läuft längerfristig Gefahr die Seiten zu wechseln.

Auch wenn es viele Gegenbeispiele gibt, ist unsere Parteiarbeit oft geprägt von einer Parlamentarisierung von Unten, von einem Sitzungs- und Gremiensozialismus, der nur selten zur praktischen und organisierenden Arbeit führt. Diese Kultur verbindet sich zuweilen mit einem antikapitalistischen Verbalradikalismus, der aber zahnlos bleibt, weil er abgesehen von gelegentlichen Events und (Groß-) Demonstrationen nicht in konkrete Initiativen mündet.

Wir setzen uns dagegen für eine Partei ein, die klassenorientiert im Alltag wirkt: Wir wollen eine LINKE, die durch Projekte und Kampagnen vor Ort, in Betrieben, Nachbarschaften, Schulen und Universitäten mit Aktiven in- und außerhalb der Partei daran mitwirkt, die Interessen zu organisieren und durchzusetzen. So entstehen neue Ideen, politischer Mut und die Lust auf eine andere Welt. Das verlangt allerdings nach einer nachhaltigen Veränderung unserer Parteikultur.

Dabei können wir von der Arbeit lernen, die viele GenossInnen vor Ort bereits tun. Durch Unterstützungsarbeit in Städten und Gemeinden wollen wir Solidarität im Alltag direkt erfahrbar machen. Wir begrüßen daher die zunehmenden Bemühungen, die LINKE zur verlässlichen Partnerin im Kampf um Verbesserungen im eigenen Leben zu machen.

Insbesondere die Kampagnen zur Pflege und zur Mietenpolitik bieten dafür eine große Chance. Deshalb wollen wir beide Kampagnen stärken und begleiten, Experimente in einzelnen Orten wagen, organisierende Prozesse vorantreiben, Erzählungen unserer Erfolge verallgemeinern und so die Routine in den Kreisverbänden weiterentwickeln. Dafür wollen wir treibende Kraft als auch Ort der Diskussion und Lernraum der Wissensweitergabe sein.

Wir stellen offen die Frage, wie sich die Praxis der Partei innerhalb von 5 Jahren grundlegend verändern kann – von der Dominanz der Parlamentsarbeit hin zur organisierenden, bildenden und verbindenden Partei. Weniger Sitzungen, mehr Aktionen. Mehr ausprobieren und praktisch organisieren. Immer gemeinsam mit anderen aktiv werden und immer etwas lernen. Weniger mit uns selbst beschäftigen.

Wie wird die LINKE die Kraft, die vor Ort mit MieterInnen, Pflegekräften, Geflüchteten oder LeiharbeiterInnen erfolgreich gegen Mietwucher, Personalnotstand, Abschiebung oder Befristung kämpft? Wie kann sie politische Lernprozesse anregen, die sowohl zur Bildung zur Mündigkeit ihrer Mitglieder beitragen, als auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben?

Für erste Antworten wollen wir die Erfahrungen gelungener Organisations- und Kampagnenarbeit im linken Flügel systematischer auswerten. Ob es die Verbindung der Not von Wohnungslosen und Geflüchteten in Bremen, das Stadtteil-Organizing in Kassel oder die Mietenkämpfe in der Berliner Gropiusstadt sind – die Erfolge und Misserfolge solcher Arbeit sollen Gegenstand unserer Debatten sein. Bei den Volksbegehren für mehr Personal in den Krankenhäusern haben bereits viele GenossInnen mitgearbeitet. Auch bei den Streiks in den Kliniken waren vielerorts Parteimitglieder beteiligt. Nicht umsonst sind inzwischen zahlreiche PflegerInnen bei uns eingetreten.

Konkret bedeutet das für uns, mehr Ressourcen in Entwicklung und Schulungen zu investieren, um grundlegende Arbeitsweisen des Organizings zu vermitteln und weiterzuentwickeln. Damit

fangen wir an und machen es vor. Außerdem wollen wir darauf drängen, die personellen Ressourcen der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene noch stärker für Organizing-Projekte zu nutzen. Zudem muss die Partei stärker als Ort des voneinander Lernens gedacht werden und braucht dazu eine Kultur politischer Bildung.

So könnte aus der LINKEN gleichzeitig Bewegungspartei, wirkungsvolle Opposition und antikapitalistische Gestaltungskraft werden, die durch Reformkämpfe die Macht und das Selbstvertrauen der Vielen vergrößert. Eine politische Kraft, die um Hegemonie in der Gesellschaft kämpft, indem sie ihre Radikalität und Nützlichkeit im Alltag beweist.

Die LINKE wird nicht von selbst und auch nicht von heute auf morgen anders werden. Eine übergreifende Erneuerungsbewegung der LINKEN kann aber dazu beitragen. Zuletzt sind Tausende neue GenossInnen in die Partei eingetreten, die in keiner der etablierten Strömungen zuhause sind. Soziale Fragen treiben sie ebenso an wie Sorgen um die Normalisierung des Rassismus und eine klare Haltung gegen Rechts. Mit dieser Einstellung tragen sie in vielen Basisorganisationen schon heute das Parteileben.

Gemeinsam mit ihnen und anderen Aktiven in- und außerhalb der Partei werden wir eine verbindende und internationalistische Klassenpolitik mitentwickeln. Zusammen arbeiten wir an einem Momentum der Solidarität, das dem Angriff auf unsere Lebensbedingungen und dem Rechtsruck und Rassismus eine linke Handlungserfahrung entgegenstellt.

Um dieses Momentum zu schaffen, ist es wichtig an mittelfristigen Strategien und an theoretischer Selbstverständigung zu arbeiten. Damit fangen wir an. Wir müssen tiefer atmen und längerfristig denken. DIE LINKE wird nur dann zu einer organisierenden, verbindenden und politisch zuspitzenden Kraft werden, wenn wir in der Parteipraxis experimentieren und zeigen, wie so etwas im hier heute der Partei gelingen kann.

Mit vielen Anderen werden wir das tun – organisierend, verbindend, bildend und zuspitzend. Dazu sammeln wir uns in der Bewegungslinken.